

Gegen Terror und Gewalt

Den freiheitlichen Rechtsstaat sichern

„Wir müssen mit Protest zur Kenntnis nehmen, daß in weiten Bereichen, besonders in linken politischen Bewegungen, von der Bundesrepublik Deutschland mehr und mehr als von einem repressiven Polizeistaat geredet wird. Wer unterstellt, die Bundesrepublik Deutschland sei ein Polizeistaat, dem empfehle ich, einmal Bildungsurlaub zu nehmen und sich nach Chile oder in die Sowjetunion zu begeben, um dort am eigenen Leib zu erfahren, was wirklich Polizeistaat bedeutet.“

Dieser Satz aus der Rede von Generalsekretär Heiner Geißler auf dem Kongreß der CDU zum inneren Frieden am 30. Oktober 1986 in Bonn drückt aus, was die meisten Bürger denken. Nicht unser freiheitlicher Rechtsstaat, sondern Terror und Gewalt sind die Bedrohung für die Freiheit und das Leben der Menschen. Die Diskussion auf dem Fachkongreß „Gegen Terror und Gewalt — den inneren Frieden sichern“ zeigte aber auch, daß die SPD-Floskel, nun sei die „Stunde der Fahndung“ nichts als heiße Luft ist. In unserem Rechtsstaat ist Fahndung nur auf der Grundlage von Gesetzen möglich.

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Redebeiträge dieses Kongresses findet sich im grünen Dokumentationsteil dieser Ausgabe.

Wahlkampf '87

HEUTE AKTUELL

- **Antiterror**
Die Gesetzesvorschläge der Koalition. Seite 2
- **Menschenrechte**
Auszüge aus den Reden von Helmut Kohl und Heiner Geißler auf dem Kongreß der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn. Seite 5—9
- **Arbeitsmarkt**
Auch im Oktober ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken und die Beschäftigtenzahl gestiegen. Seite 10
- **Ibbenbüren**
Rau ist mit seiner Umweltpolitik gescheitert. Seite 14
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Informations- und Werbematerialien zur Bundestagswahl '87. (Rosa Teil)
- **Dokumentation**
Gegen Terror und Gewalt — Bericht vom CDU-Kongreß im Adenauer-Haus am 30. Oktober 1986. (Grüner Teil)
- **CDU EXTRA**
Wahlprüfsteine '83 des DGB und was daraus geworden ist. (Blauer Teil)

Entschlossen gegen den Terror: Die Gesetzesvorschläge der Koalition

Ideologisch motivierte Gewalt und Terror haben in diesem Jahr sprunghaft zugenommen. Allein bis zum 20. Oktober 1986 gab es 337 Brand- und Sprengstoffanschläge. Im gesamten Vorjahr waren es nur 148. Außerdem wurden über 70 Hochspannungsmasten beschädigt oder zerstört (Vorjahr: 12). Von besonderer Abscheulichkeit sind die feigen Bomben- und Genickschussmorde der RAF in den vergangenen beiden Jahren: Karl-Heinz Beckurts, Eckard Groppler, Edward Pimental, Ernst Zimmermann, Gerold von Braumühl heißen die Opfer.

Der demokratische Rechtsstaat und die Verantwortung tragenden Politiker dürfen nichts unterlassen, um terroristische Mörder zu ergreifen und künftige Terroranschläge zu verhindern. Die Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag hat am 23. Oktober mehrere Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung des Terrorismus gebilligt, die von einer Arbeitsgruppe der Koalition unter Vorsitz von Bundesminister Schäuble erarbeitet wurden. Diese Gesetzesentwürfe sehen vor:

- Die versuchsweise und bis 1988 befristete Einführung einer „Kronzeugenregelung“.
- Die Erweiterung und Verschärfung des § 129 a StGB (terroristische Vereinigungen); dadurch werden künftig auch Zerstörungsanschläge auf Versorgungseinrichtungen und Baumaschinen zu den terroristischen Straftaten gezählt. Die Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung werden als Verbrechen geahndet; die Strafen werden verschärft.

— Die Wiedereinführung des § 130 a StGB; damit wird die öffentliche Anleitung zur Begehung von Straftaten unter Strafe gestellt.

— Die Erweiterung der Zuständigkeiten des Generalbundesanwaltes (Ergänzung des § 120 Gerichtsverfassungsgesetz); der Generalbundesanwalt wird künftig auch die Ermittlungen nach internationalen terroristischen Vereinigungen und bei sogenannten autonomen Gruppen führen.

— die Verabschiedung des ZEVIS-Gesetzes; dadurch wird der Polizei die Möglichkeit gegeben, Datenbestände des Zentralen Verkehrsinformationssystems (ZEVIS) beim Kraftfahrtbundesamt in Flensburg schnell abzufragen. Das beschleunigt die Fahndung nach flüchtigen Kriminellen.

Außerdem hat die Innenminister-Konferenz am 21. Oktober 1986 der Rasterfahndung, polizeilichen Beobachtung und dem Einsatz verdeckter Ermittler und Vertrauenspersonen zugestimmt. Allerdings haben die SPD-regierten Länder eine Einigung auf die Kronzeugenregelung und die Neufassung der §§ 129a und 130a StGB abgelehnt.

Nach der von der Koalition geplanten Kronzeugenregelung hat auch künftig kein Verbrecher Anspruch auf den Status als Kronzeuge. Niemand kann ein Verbrechen in der sicheren Hoffnung begehen, von Strafe verschont zu bleiben. Das Bild vom Kronzeuge, der als Mörder mit Staatsprämie und geheimdienstlich verschaffter neuer Identität seinen Lebensabend in Florida verbringt, ist ein Zerrbild. Der Staat hat durch die Möglichkeit der Strafmilderung eine Chance, an die Befehlszentrale des Terrorismus

heranzukommen. Diese Chance macht die Kronzeugenregelung auch moralisch erträglich, zumal sie auf zwei Jahre begrenzt ist. Im Kampf gegen den Terrorismus müssen wir jede Chance nutzen, an die Wurzel des Übels zu gelangen.

Die SPD ist unglaublich und gefährdet den inneren Frieden.

Die Opposition polemisiert vor allem gegen diese „Kronzeugenregelung“. Sie verschweigt, daß das SPD-regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen im Jahre 1975 einen Gesetzentwurf eingebracht hat, der eine noch wesentlich weitergehende Kronzeugenregelung vorsah. Nach dem Antrag Nordrhein-Westfalens war — im Gegensatz zu der jetzt vorgesehenen Lösung — weder die Mitwirkung eines unabhängigen Richters, noch die Möglichkeit einer flexiblen Strafmilderung, noch eine zeitliche Befristung des Gesetzes vorgesehen. Der Staatsanwalt sollte allein über die Straffreiheit entscheiden können; Strafmilderung anstelle von Straffreiheit war gar nicht vorgesehen. Die SPD ist unglaublich, wenn sie heute eine Kronzeugenregelung ablehnt, die noch nicht einmal so weitgehende Vorschriften enthält, wie das von ihr selbst 1975 befürwortete Kronzeugengesetz.

Aufschlußreich sind auch die Äußerungen des damaligen Bundesjustizministers **Vogel**, der heute SPD-Oppositionsführer in Bonn ist. Er sagte 1975 zur Kronzeugenregelung: „Ich glaube, in diesem besonderen Bereich und angesichts der besonderen Herausforderung wird man auch auf den Einsatz dieses Mittels nicht völlig verzichten können. ... Es ist einfach viel schwerer, ja fast unmöglich, in den Kern dieser Terroristenvereinigungen mit herkömmlichen Mitteln einzudringen.“ (Interview im Hessischen Rundfunk, 7. Juni 1975)

Zitate vom Tage

*„Lappas ist kein Arbeitgeber.“
(Monika Wulf-Mathies, Vorsitzende der ÖTV)*



„In dieser Republik passieren Sachen, die sich niemand hätte ausdenken können. Hier wird der Big Boss mit 735 000 Mark Gehalt zum Helden der Arbeit erklärt.“

(Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär, über den Chef der Gewerkschafts-Holding BGAG, Alfons Lappas)



„Mit dauerndem Miesmachen und ständiger Bundesbedenkenträgerei kann man keine Wahlen gewinnen.“

(IG-Chemie-Chef und SPD-Politiker Hermann Rappe)

Der frühere Justizminister **Jahn** (SPD) erklärte zur Kronzeugenregelung am 9. März 1975 in Bild am Sonntag: „Das ist sicher ein interessanter Diskussionsbeitrag. ... Ich kann mir vorstellen, daß aus diesem Vorschlag eines Tages eine gesetzliche Regelung wird.“

Die SPD verschweigt auch, daß in der Bundesrepublik Deutschland bereits positive Erfahrungen mit Kronzeugen vorliegen. Im Jahre 1981 wurde mit den Stimmen der SPD eine Kronzeugenregelung in den § 31 des Betäubungsmittelgesetzes zur Fahndung nach Drogendealern eingefügt. In einer Stellungnahme des Bayerischen Justizministeriums vom 5. Februar 1986 heißt es dazu: „Die Regelung des § 31 BtMG wird von der Praxis ganz überwiegend positiv beurteilt. Sie hat nach den bisherigen Erfahrungen zu Aufklärungserfolgen und zu einer nicht zu unterschätzenden Verunsicherung in der Drogenszene geführt. ... Nach den Berichten der Praxis konnte eine Reihe

Die SPD betätigt sich als Stichwortgeber Moskaus

Zu den Versuchen der SPD, durch Angriffe auf Bundeskanzler Kohl von ihren eigenen Schwächen abzulenken, erklärt der erste parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters: Die SPD und ihre Vertreter interpretieren die Äußerungen des Bundeskanzlers über das Darstellungstalent von Generalsekretär Gorbatschow in der Öffentlichkeit bewußt bösartig.

(Fortsetzung von Seite 3)

von schweren Betäubungsmitteldelikten aufgeklärt und zur Anklage bzw. zur Aburteilung gebracht werden. ... Nach nahezu einhelliger Auffassung der Praxis soll § 31 BtMG beibehalten werden. Die Vorschrift sei zu einem unverzichtbaren Instrument der Bekämpfung der Drogenkriminalität geworden.“ Was gegen Rauschgifthändler erfolgreich ist, kann gegen Terroristen nicht illegal sein.

Die SPD ist in der Frage der bedingungslosen Ablehnung von Gewalt sowie der Bekämpfung des Terrorismus nicht mehr zu eindeutigen Aussagen fähig. Seit 1984 will sie das Werben für terroristische Vereinigungen straffrei machen. Heute ist sie gegen eine Kronzeugenregelung, die sie zu ihrer Regierungszeit noch befürwortete und wehrt sich gegen die Strafbarkeit des öffentlichen Anleitens zum Basteln von Bomben sowie der Anstiftung zu Straftaten. Die SPD ist auch hier im Schleptau der Grünen, die die Antiterror-Gesetze abschaffen und die Polizei abbauen wollen. Sie ist zu einem Risiko für den inneren Frieden in unserem Land geworden.

Damit soll abgelenkt werden von der Wahlniederlage der SPD in Bayern, der Schwäche ihres Kanzlerkandidaten, dem Skandal um die Neue Heimat und dem Fehlen jeder politischen Alternative zur erfolgreichen Regierungspolitik unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Die SPD hat den Ausgang der Verhandlungen der Großmächte in Reykjavík völlig falsch eingeschätzt und damit gezeigt, daß sie auch außenpolitisch regierungsunfähig ist.

Jedes Thema ist ihr daher recht, für den Wahlkampf mißbraucht zu werden. Der SPD ist es gleichgültig, daß sie mit ihrer Kampagne der Sowjetunion erst die Gelegenheit gegeben hat, sich in unsere Innenpolitik einzumischen. Erst zwei Wochen nach dem Newsweek-Interview, nach den erfolgreichen Verhandlungen von Bundesverkehrsminister Dollinger in Moskau und dem Besuch hochrangiger sowjetischer Partefunktionäre beim Deutschen Bundestag bemächtigt sich die Sowjetunion dieses Themas.

Die SPD wird sich auch nach der Klarstellung von Bundeskanzler Kohl nicht davon abbringen lassen, weiter Öl ins Feuer zu gießen, obwohl gerade sie den allerwenigsten Grund hat, das Kanzleramt krampfhaft so umzübiegen, daß es zu einer Beleidigung des Generalsekretärs der KPdSU wird. Denn es war immerhin der Vorsitzende der SPD, Brandt, der am Abend der Wahl zum Landtag in Nordrhein-Westfalen den Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, als den schlimmsten Hetzer seit Goebbels in diesem Lande verleumdet hat. Die Rolle der SPD ist kläglich — als Stichwortgeber für die Sowjetunion schadet sie den deutschen Interessen.

Helmut Kohl:

Eine Politik für die Menschenrechte ist die beste Friedenspolitik

Bundeskanzler Helmut Kohl hat an die Politiker in aller Welt appelliert, sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einzusetzen. Die von ihm geführte Bundesregierung werde auch in Zukunft ihre „friedlichen Einwirkungsmöglichkeiten zugunsten der Einhaltung der Menschenrechte wahrnehmen“, betonte Helmut Kohl am Montag, dem 3. November 1986 auf einer internationalen Tagung zu Fragen der Menschenrechte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn. U.a. sagte der Kanzler: „Wir haben uns heute zusammengefunden, um für eine gemeinsame Grundüberzeugung einzutreten: Für den Schutz der Würde des Menschen, für die Achtung seiner fundamentalen Rechte und für die Grundsätze der freiheitlichen Demokratie.“

Nicht die Unterdrücker und nicht die Folterer haben unsere Sympathie und Solidarität, sondern deren Opfer. Nicht Diktatoren sind unsere Freunde, sondern diejenigen, die aufrecht und mutig für Menschenrechte, für Freiheit und Demokratie eintreten.

Wir bekennen uns zur weltweiten Solidarität der Demokraten. Unseren Freunden aus dem Ausland, die in ihrer Heimat mutig für die Menschenrechte eintreten, will ich von hier aus versichern: Die christlichen Demokraten in Deutschland sind Eure treuen Verbündeten. Das gilt auch für die von mir geführte Bundesregierung. Wir Deutschen haben eine besondere Verpflichtung, für Freiheit und Menschenrechte einzutreten — eine Verpflichtung, die sich aus unserer Geschichte er-

gibt. Die moralische Haftung für die Untaten der nationalsozialistischen Diktatur kann dem deutschen Volk niemand abnehmen. Sie äußert sich auch in der Verpflichtung, die Menschenwürde zum Maßstab unserer Politik zu machen.

Als Deutsche vergessen wir auch nicht, daß noch immer in einem Teil unseres Vaterlandes unseren Landsleuten die Freiheit vorenthalten wird. Es schmerzt uns, daß es für viele Deutsche immer noch nicht möglich ist, in einer Gesellschaft zu leben, die auf der Achtung der Menschenrechte und der Herrschaft des Rechts beruht und welche die freie politische Entscheidung der Bürger anerkennt. Wir werden niemals darauf verzichten, für die Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte in ganz Deutschland einzutreten.

Aber unsere Verfassung bestimmt die Menschenrechte nicht nur im Innern zur zentralen Aussage. Im Artikel 1 heißt es auch: Das deutsche Volk bekennst sich darum zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Wir stehen zu dieser Verpflichtung der deutschen Außenpolitik auf die Förderung der Menschenrechte.

Wo Gewalt und Unterdrückung herrschen, wo Menschen weder Nahrung noch Behausung finden, kann es überdies leicht zu Spannungen und Konflikten kommen, die den Frieden nicht nur in der jeweiligen Region gefährden. Eine Politik für die Menschenrechte ist auch daher die beste Friedenspolitik. Und alle dieje-

nigen, die sich unbirrt — und oft unter Zurückstellung der eigenen Person — für Menschenrechte einsetzen, dienen dem Frieden. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Achtung der Menschenrechte auch dem Frieden der Völkergemeinschaft ganz unmittelbar zugute kommt. Ich denke etwa an die Entwicklung im südlichen Afrika. Wir unterstützen einen gerechten Ausgleich der Interessen in dieser Region. Dazu gehört aber als Voraussetzung die Bereitschaft der südafrikanischen Regierung, die längst überfälligen Entscheidungen zu treffen. Ich habe mehrfach an die Regierung Botha appelliert, umgehend in einen umfassenden Dialog mit Vertretern aller Bevölkerungsgruppen einzutreten, um eine Eindämmung der Gewalt und damit auch eine faire Teilhabe aller Südafrikaner an der politischen Willensbildung einzuleiten. Als ersten Schritt erwarten wir die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung der bestehenden Verbote von politischen Parteien und Organisationen.

Ich appelliere nachdrücklich an die Einsichtigen auf allen Seiten, den gewiß schwierigen, langwierigen, aber einzig vernünftigen Weg, den Weg des Dialogs zu gehen. Ihnen, Präsident Buthelezi, möchte ich für Ihren unermüdlichen Einsatz für Gewaltlosigkeit und Demokratie danken. Die Hoffnung vieler, die einen Weg des Ausgleichs und des Friedens für Südafrika wünschen, ruhen auf Ihnen.

Die Sache der Freiheit hat gerade auf dem Weg des friedlichen Wandels in den letzten Jahren ermutigende Erfolge erzielen können. Ich denke beispielsweise an die Entwicklung in Argentinien und Brasilien und vor kurzem auf den Philippinen. In diesen großen und bedeutenden Ländern hat sich Demokratie durchgesetzt, weil Demokraten eine Chance erhalten.

Dieser Erfolg hat uns auch gezeigt, was wir nie übersehen dürfen: Zwischen den Extremisten von rechts und links gibt es die demokratische Mitte, und sie verdient unsere Unterstützung. Rechte Diktaturen bieten oft linken Extremisten die besten Chancen und bereiten Kommunisten ungewollt den Weg.

Es ist auch ein sehr pauschales Urteil, wenn man hier und da hört, freiheitliche Demokratie sei in den Entwicklungsländern nicht zu verwirklichen. Manche dieser Länder, nicht zuletzt in Lateinamerika, hatten schon im 19. Jahrhundert rechtsstaatliche Verfassungen. Natürlich bringt wirtschaftliche Not auch für die politische Demokratie erhebliche Belastungen mit sich, aber das ist kein Grund zur Resignation, sondern vielmehr zu vermehrter Anstrengung für die Sache der Freiheit.

In Lateinamerika gibt es heute glücklicherweise nur noch wenige Diktaturen — wie Chile, wie Kuba, wie Nicaragua. Wir fordern nachdrücklich und kompromißlos Freiheit und Gerechtigkeit auch für die Menschen in diesen Ländern. Es gibt auch dort Demokraten, die das Vertrauen der Mehrheit genießen und die Führung ihres Landes übernehmen könnten. Ich denke dabei vor allem auch an Chile, ein Land mit langer demokratischer Geschichte, das wieder zu seinem demokratischen Weg und demokratischer Bestimmung zurückfinden muß.

Aber wir fordern Freiheit und Menschenrechte nicht nur gegenüber kleinen Staaten. Gerade auch dort, wo der Machtanspruch einer Weltmacht Diktaturen stabilisiert, dürfen wir nicht schweigen. Nichts wird uns beispielsweise davon abbringen, mit aller Schärfe weiterhin den Krieg der Weltmacht Sowjetunion gegen das kleine Volk Afghanistans zu verurteilen.

Es ist unser Gewissen, daß uns bestimmt, offen zu sprechen. Die Gefährdung des Lebens sowie rassische, religiöse und politische Diskriminierung dürfen von niemandem verharmlost oder gar unterstützt werden — und sei es durch Schweigen.

Die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International hat recht, wenn sie sagt: Wer schweigt, wird mitschuldig.

Die Bundesregierung wird auch in Zukunft ihre friedlichen Einwirkungsmöglichkeiten zugunsten der Einhaltung der Menschenrechte wahrnehmen. Dabei wollen wir auch die lautlosen Mittel der Diplomatie nutzen — aber als Ergänzung, nicht als Ersatz unserer offenen Solidarität mit den Verfolgten und Unterdrückten.

Es macht keinen Unterschied, ob Menschenrechte von einer autoritären Diktatur in Lateinamerika oder von einer kommunistischen Diktatur in Europa mißachtet werden. Menschenrechte sind unteilbar, und genau so unteilbar muß auch der Einsatz für die Menschenrechte sein.

Mich empört immer wieder die doppelte Moral, mit der Menschenrechtsverletzungen in einem Teil der Welt angeprangert, in einem anderen Teil aber geflissentlich übersehen werden. Wer nur von Südafrika spricht und zu Nicaragua schweigt — oder umgekehrt — der hat sich diskreditiert.

Zu dem Einsatz für mehr Menschlichkeit, für Gerechtigkeit und damit für den Frieden gehört auch das Engagement in der Entwicklungshilfe. Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung stehen in einem unlösbaren Zusammenhang. Deshalb wollen wir vor allem denen helfen, die die Beseitigung von materieller Not und politischer Bevormundung der Bevölkerung zum Ziel ihrer Politik erklären.

Entwicklungsarbeit ist ein wesentlicher Teil unserer Bemühungen zur Verwirklichung der Menschenrechte und der Durchsetzung der Demokratie in Ländern der Dritten Welt. Diktaturen mögen kurzfristige ökonomische Wachstumsfolge erzielen; auf Dauer kann wirkliche Entwicklung aber nur dann gelingen, wenn sie von freien Bürgern getragen wird, wenn alle Bürger gleiches Recht und Freiheit genießen.

Entwicklungsarbeit will den Ärmsten und Schwächsten in ihrer Not bei der Beseitigung aller Formen der Unterdrückung und Ungerechtigkeit helfen. Menschliche Würde hat auch etwas damit zu tun, eine menschenwürdige Umgebung zu schaffen. Wer Freiheit für die Menschen will, muß ihnen auch ein Dach über dem Kopf geben und ihren Hunger bekämpfen. Aber wir dürfen notleidende Menschen damit nicht zu Almosenempfängern machen, wir müssen ihnen vor allem helfen, sich selbst zu helfen.

Konkrete Hilfsbereitschaft ist nach meiner Überzeugung abstraktem moralischen Rigorismus allemal vorzuziehen. Die Forderungen nach Sanktionen beispielsweise sind immer medienwirksam. Ich halte sie auch weiterhin nicht für ein überzeugendes Konzept.

Wir werden weiter zäh darum ringen, diktatorischen Machthabern Zugeständnisse abzutrotzen — Erleichterungen, die den Menschen zugute kommen. Wir werden nicht nachlassen, bis die Lasten, die der unterdrückten Bevölkerung aufgebürdet sind, Schritt für Schritt abgebaut werden.

Noch ist es ein weiter Weg bis zu einer Welt ohne Gewaltherrschaft, Unterdrückung und Elend. Aber die Sache der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte wird schließlich obsiegen, dessen bin ich sicher.

Heiner Geißler:

Für weltweite Abrüstung von Folter und Unterdrückung

Generalsekretär Heiner Geißler erklärte auf der Tagung: Friedenssicherung ist die entscheidende Voraussetzung für die Gestaltung der Zukunft. Die Notwendigkeit atomarer und konventioneller Abrüstung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die wahren Ursachen für die Spannungen in der Welt nicht in der Existenz von Waffen liegen. Sie sind vielmehr in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur begründet. Wir brauchen nicht nur eine Abrüstung von Waffen, sondern eine weltweite Abrüstung von Folter und Unterdrückung.

Politische Systeme, die ihren Bürgern die Freiheit nehmen und ihnen fundamentale Menschenrechte verweigern, Staaten, in denen es keine Kontrolle der Staatsgewalt durch das Volk gibt, sind eine potentielle Bedrohung für ihre Nachbarn und damit für den Weltfrieden. Diktaturen fühlen sich weniger durch die Existenz von Waffen bedroht als durch die ansteckende Kraft der Freiheit.

Von freiheitlichen Demokratien geht keine Gefahr für den Frieden aus. Wer den Frieden fördern will, muß daher für die Durchsetzung der Demokratie und die Verwirklichung der Menschenrechte in allen Teilen der Welt eintreten.

Den westlichen Demokratien kommt eine besondere Verantwortung bei der weltweiten Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten zu. Dies gilt nicht nur gegenüber dem totalitären System der Sowjetunion, sondern auch gegenüber den Ländern, die im weitesten Sinne zur

westlichen Welt gehören. Wir christlichen Demokraten verurteilen Unterdrückung und Verletzung der Menschenwürde, wo immer sie stattfinden. Wir unterstützen eine Politik des friedlichen Wandels und arbeiten mit denjenigen politischen Kräften zusammen, die soziale und politische Reformen mit demokratischen Mitteln verwirklichen wollen.

Wir verurteilen die Praxis der Sozialistischen Internationale und der SPD, die solchen Parteien und Organisationen Unterstützung gewähren, die gegen Demokratie und Menschenrechte arbeiten. Wir fordern die Sozialistische Internationale und ihren Vorsitzenden Willy Brandt auf, diesen „Freunden“ den Schutz demokratischer Parteien zu entziehen. Wir fordern die SI und die SPD auf, sich von der FDR/FMLN in El Salvador zu distanzieren, die Terror als Mittel der Politik anwendet oder zumindest akzeptiert. Wir fordern die SI und die SPD auf, ihre Unterstützung der sandinistisch-marxistisch-leninistischen Regierung Nicaraguas und ihrer Staatspartei FSLN aufzugeben.

Unser Weg des friedlichen Wandels von der Diktatur zur Demokratie ist möglich. Die friedliche Machtübernahme demokratischer Kräfte auf den Philippinen zu Beginn dieses Jahres ist ein hoffnungsvolles Beispiel hierfür. Jetzt gilt es, auf den Philippinen die Voraussetzungen für eine dauerhafte Demokratisierung zu schaffen. Wir fordern die westlichen Demokratien auf, zur Stabilisierung des Demokratisierungsprozesses auf den Philippinen durch größere wirtschaftliche Unterstützung beizutragen.

Was auf den Philippinen möglich war, muß auch woanders Wirklichkeit werden, z. B. in Südkorea. Für die Aufrechterhaltung repressiver Maßnahmen in Südkorea gibt es keinen objektiven Grund. Wir dürfen es nicht hinnehmen, daß amerikanische und südkoreanische Soldaten am 38. Breitengrad zur Verteidigung gegen das kommunistische Regime Nordkoreas stehen, während 40 km südlich ein autoritäres Regime die Freiheit unterdrückt.

Die CDU betrachtet die Diskussion um eine neue Verfassung in Südkorea, an der sich auch die Regierungspartei und Teile des Militärs beteiligen, als Chance für den Beginn einer Demokratisierung des Landes.

Südafrika muß den Weg der gewaltfreien Reform gehen

Wir fordern die vollständige Abschaffung des Apartheid-Systems in Südafrika. Die Politik der Apartheid mißachtet die Menschenwürde und stellt eine schwere Verletzung der Menschenrechte dar. Wir rufen die südafrikanische Regierung auf, den Ausnahmezustand aufzuheben, die Einschränkungen der Pressefreiheit zurückzunehmen und alle politischen Gefangenen freizulassen.

Südafrika muß den Weg der gewaltfreien Reform gehen. Wir fordern die Regierung Botha auf, einen Dialog mit allen rassischen und politischen Gruppen in Südafrika einzuleiten, die sich zu gewaltfreien Veränderungen bekennen. Ziel muß es bleiben, allen Südafrikanern ohne Ansehen ihrer Hautfarbe eine gemeinsame friedliche Zukunft zu gewährleisten.

Der Demokratisierungsprozeß in Lateinamerika hat sich konsolidiert. Dies beweisen die Beispiele in Argentinien, Brasilien und Uruguay. Der Demokratie, nicht den Diktaturen gehört in Latein-

amerika die Zukunft. Die Festigung der Demokratie in El Salvador und Guatemala, die sich auch an den Fortschritten im Bereich der Achtung der Menschenrechte und im Kampf gegen politischen Mord und Terror ausdrücken, sind ein wichtiges positives Zeichen. Wir unterstützen die Reform- und Friedenspolitik der Regierungen von Vinicio Cerezo Arevalo und Jose Napoleon Duarte in Guatemala und El Salvador.

Auf dem Wege zu einem demokratischen Lateinamerika sind die Diktaturen in Chile und Nicaragua entscheidende Hindernisse. Wir fordern die chilenische Junta auf, den Dialog mit der Opposition aufzunehmen und zum frühestmöglichen Zeitpunkt freie Wahlen zuzulassen. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Chiles möchte die Rückkehr zur Demokratie und die friedliche Weiterentwicklung ihrer Gesellschaft. Wir fordern die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Freilassung aller derzeit inhaftierter Politiker der demokratischen Opposition.

Die Verletzung der Menschenrechte in Nicaragua muß beendet werden

Wir verurteilen die Unterdrückung der demokratischen Parteien, der Kirche, der Gewerkschaften und der Medien, die sich in Nicaragua während der letzten Monate verschärft hat. Die Schließung von „La Prensa“, der kirchlichen Zeitung „Iglesia“ und von „Radio Catolica“ sind klare Anzeichen dafür, daß Nicaragua den Weg in den Totalitarismus geht. Die Verletzung der Menschenrechte aller freiheitlichen Kräfte in Nicaragua muß ein Ende haben. Unsere Solidarität gilt den Parteien, Gewerkschaften und wirtschaftlichen Verbänden, die sich in der demokratischen Opposition Nicaraguas organisiert haben.

Arbeitslosenzahl gesunken – 300 000 neue Stellen mehr

Mit Befriedigung hat die Bundesregierung auf die rückläufige Arbeitslosenzahl im Oktober reagiert. Regierungssprecher Friedhelm Ost erklärte in Bonn, mit nur noch knapp über zwei Millionen Erwerbslosen sei der niedrigste Stand seit dem Oktober vor vier Jahren erreicht worden. Dies und andere Faktoren seien eine Bestätigung der „erfolgreichen Politik“ der Bundesregierung und ließen die Erwartung zu, „daß sich der positive Verlauf bei der Beschäftigung auch 1987 fortsetzt“.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt, daß die seit langem sichtbaren Besserungstendenzen auch weiterhin anhalten. Besonders erfreulich ist, daß die Zahl der Erwerbstätigen inzwischen auf 26,17 Millionen gestiegen ist. Sie liegt damit erstmals um über 300 000 über dem Stand des Vorjahrs, gegenüber dem Tiefpunkt im Oktober 1983 erreichte der Zugewinn an Arbeitsplätzen erstmals die 600 000-Marke. Positiv zu bewerten ist auch der weitere Zuwachs an offenen Stellen: im Oktober dieses Jahres waren 155 000 unbesetzte Stellen allein bei den Arbeitsämtern gemeldet – fast 40 Prozent mehr als 1985. Hinzu kommen viele Stellen, die per Inserat in den Zeitungen angeboten werden.

Es ist offensichtlich: der wirtschaftliche Aufschwung geht am Arbeitsmarkt nicht vorbei. Wir liegen nur noch knapp über der Zwei-Millionen-Grenze. Dies ist zugleich der niedrigste Stand an Arbeitslosen seit Oktober 1982.

Die günstige Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt sowie der leichtere Übergang von der Ausbildung in den Beruf,

insbesondere durch die finanzielle Unterstützung im Rahmen der 7. AFG-Novelle, haben einen weiteren Rückgang bei der Jugendarbeitslosigkeit bewirkt. Die Bundesrepublik Deutschland weist im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten die bei weitem günstigste Situation für die junge Generation auf dem Arbeitsmarkt auf.

Die Bundesregierung erwartet, daß sich der positive Verlauf bei der Beschäftigung auch 1987 fortsetzt; diese Erwartung wird durch die Einschätzung sowohl der OECD als auch der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute unterstützt. Es gilt deshalb, den erfolgreichen Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik fortzusetzen, der insbesondere mit der Preisstabilität und hohen Realinkommenssteigerungen Vorteile für Arbeitnehmer bringt, vorhandene Arbeitsplätze sichert und neue Beschäftigungsmöglichkeiten schafft.

Dokumentation wird nachgedruckt

Aufgrund der großen Nachfrage wurde von der Uid-Dokumentation 32/86 von Norbert Blüm „Unsere Bilanz ist eine Erfolgsbilanz – Solidarität und Stabilität zahlen sich aus“ ein Nachdruck hergestellt.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum,

Postfach 13 28, 4804 Versmold

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM

Bestell-Nr.: 5928

Rentenfinanzen: Strukturreform kann ohne Hektik weitergeführt werden

Die Bundesregierung hat in der letzten Kabinettsitzung der von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgelegten Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Strukturreform der Alterssicherung zugestimmt. Darin wird deutlich, daß insbesondere aufgrund der demographischen Entwicklung — Geburtenrückgang und gestiegene Lebenserwartung — die Strukturreform der Rentenversicherung weitergeführt werden muß. Dies könnte aber ohne Zeitdruck geschehen, weil die Bundesregierung es unter großen Anstrengungen geschafft habe, die Rentenfinanzen wieder auf eine solide Grundlage zu stellen.

In der Antwort heißt es u. a.: „Die Rücklagen, die seit 1973 von rd. neun Monatsausgaben auf eine Monatsausgabe abgebaut worden waren, wachsen mittelfristig bis 1990 auf über zwei Monatsausgaben an.“

Das Rentenniveau konnte auf einem hohen Stand gehalten werden. Das Altersruhegeld eines Rentners mit 45 Versicherungsjahren, der während seines Erwerbslebens immer das Durchschnittsentgelt erzielt hat, lag in den Jahren 1982 bis 1985 bei etwa 73 Prozent des Nettoverdienstes eines aktiven Durchschnittsverdieners. Damit hat das Nettorentenniveau — abgesehen von den Jahren 1977 und 1978 mit etwa gleichem Stand — den höchsten Stand seit der Rentenreform 1957 erreicht.

Der Beitragssatz in der Rentenversicherung, der von 18,5 Prozent vorübergehend auf bis zu 19,2 Prozent angehoben werden mußte, wird ab 1. Januar 1987 wieder auf 18,7 Prozent gesenkt.“

Die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen dienten aber nicht nur der finanziellen Konsolidierung, sondern zugleich auch schon der strukturellen Weiterentwicklung der Rentenversicherung.

Hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang die Gleichstellung von Mann und Frau bei der Hinterbliebenenrente; sie sei sozial, leistungsgerecht und frauенfreundlich ausgestattet worden. Außerdem sei erstmals in der fast 100jährigen Geschichte der Rentenversicherung der Forderung nach Anerkennung von Kindererziehungszeiten entsprochen worden. Als weitere strukturelle Maßnahmen werden die Aktualisierung der Rentenanpassung, der Grundsatz der gleichgewichtigen Entwicklung von Renten und verfügbaren Arbeitnehmerverdiensten sowie die Stärkung der Lohnersatzfunktion der Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit genannt.

Die Bundesregierung bekundet in ihrer Antwort ihre Absicht, das System der Alterssicherung so weiterzuentwickeln, daß es auch künftigen Anforderungen gerecht wird. **Dazu nennt die Bundesregierung fünf Grundsätze:**

1. Das in Rentenversicherung, Beamtenversorgung, Altershilfe für Landwirte, berufständische Versorgungswerke und betriebliche Altersversorgung einschließlich Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst gegliederte Gesamtsystem der Alterssicherung bleibt erhalten. Die Bundesregierung lehnt alle Bestrebungen und Vorschläge ab, die zum Ziel haben, dieses gegliederte System durch ein Einheitssystem zu ersetzen oder einer Entwicklung hierzu Vorschub zu leisten.

2. In dem gegliederten Gesamtsystem der Alterssicherung soll ein — auch im internationalen Vergleich — hohes Leistungsniveau erhalten bleiben. Die Bundesregierung lehnt eine Umstellung des Gesamtsystems der Alterssicherung auf eine allgemeine Grundsicherung ab.

3. Die Alterssicherung des einzelnen Bürgers in dem Gesamtsystem der Alterssicherung wird unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten der Systeme maßgeblich durch sein Einkommen während der Phase der Erwerbstätigkeit und damit durch seine Arbeitsleistung bestimmt. Die Alterssicherung soll weiterhin Alterslohn sein und nicht zu einer allgemeinen dem staatlichen Zugriff ausgesetzten Sozialleistung umgewandelt werden.

4. Das Streben der Bürger, durch private Eigenvorsorge die Leistungsansprüche aus der gesetzlichen und betrieblichen Alterssicherung zu ergänzen, ist zu unterstützen und zu fördern. Die gestiegene Sparfähigkeit stellt schon gegenwärtig die Grundlage zunehmender Eigenvorsorge der Bürger dar; sie darf nicht von Seiten der Steuer- und Beitragsbelastung gefährdet werden. Insoweit hat auch in der Alterssicherung das Subsidiaritätsprinzip Bedeutung; es dient der Freiheit aller Bürger und ist von gesamtwirtschaftlichem Nutzen.

5. Die sich erst in Umrissen abzeichnenden technologischen, ökonomischen, demographischen und sonstigen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte sind in ihren Auswirkungen nicht auf die Alterssicherung beschränkt, sondern umfassen die gesamte soziale Sicherung, den Staat mit seiner gesamten Infrastruktur, die Wirtschaft und die Gesellschaft. Soweit sich in den nächsten Jahrzehnten Belastungen für die Alterssicherungen ergeben, sind diese Belastungen von allen Be-

teiligten im gegliederten System gemeinsam zu tragen.

Hieraus ergibt sich, daß

— innerhalb der einzelnen Systeme der Alterssicherung unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Systeme sinngemäße Änderungen erfolgen sollen,

— die Belastungen auf Erwerbstätige und auf Empfänger von Leistungen aus der Alterssicherung so verteilt werden sollen, daß die jeweils verfügbaren Einkommen sich in etwa gleichgewichtig entwickeln und

— der Staat, der für das Bestehen des Gesamtsystems der Alterssicherung Verantwortung trägt, die dazu erforderlichen Maßnahmen durchführen und Leistungen erbringen soll.

Für einen breiten Konsens mit allen Gruppen

In der Antwort betont die Bundesregierung ihren Willen, bei der Strukturreform einen möglichst breiten Konsens mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen zu erreichen. Aufgrund der günstigeren Finanzlage stehe man dabei nicht unter Zeitdruck. Da noch nicht alle Gutachten vorlägen, so auch das für Anfang 1987 zugesagte Gutachten einer Kommission der Rentenversicherungsträger, lehnt die Bundesregierung in ihrer Antwort eine von der SPD-Fraktion geforderte Festlegung in Einzelfragen schon zum jetzigen Zeitpunkt ab. „Bei einer vorzeitigen Festlegung in Einzelfragen wäre es nicht möglich, die Gutachten und Stellungnahmen sowie die aus den Gesprächen sich ergebenden Erkenntnisse in hinreichendem Maße zu berücksichtigen, und außerdem würden alle Gruppen, die an der Strukturreform mitarbeiten wollen, zu Recht bezweifeln, daß ein Konsens mit ihnen gesucht wird.“

Die kurzatmigen Pläne der SPD zur Steuerpolitik

Das vom SPD-Kandidaten Rau in Offenburg vorgestellte Konzept der SPD zur Steuerpolitik eignet sich vorzüglich zum Nachweis dafür, daß die SPD aus ihren Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt hat.

Die SPD will mehr Staat, mehr Umverteilung, mehr Ausgabenprogramme. Für Steuerentlastung ist kein Raum. Die SPD plant deshalb lediglich eine aufkommensneutrale Umgestaltung der 2. Stufe der Steuerentlastung 1986/88.

Die Bundesregierung hat sich dagegen auf eine weitere Netto-Steuerentlastung in der kommenden Legislaturperiode von 20 bis 25 Milliarden Mark festgelegt.

Der von der SPD vorgeschlagene Steuertarif 1988 ist ein schlechtes Geschäft für den Facharbeiter. Die Grenzbelastung für die Mehrheit der progressiv belasteten Steuerzahler würde drastisch verschärfen. Nach dem SPD-Tarif müßten 1988 knapp vier Millionen Steuerzahler und 1992 bereits über sieben Millionen Steuerzahler im Vergleich zum geltenden Recht absolut mehr Steuern zahlen.

Die von der SPD versprochene Steuerfreiheit bei Familien mit zwei Kindern bis zu einem Brutto-Arbeitslohn von 2800 Mark monatlich ist Augenwischerei.

Tatsächlich sind bei Gegenrechnung des Kindergeldes — wie im SPD-Konzept — schon heute 2450 Mark monatlicher Brutto-Arbeitslohn steuerfrei. Die von der Bundesregierung geplante deutliche Anhebung des Grundfreibetrages und des Kinderfreibetrages im Rahmen der neuen

Steuerreform wird zu einer weiteren deutlichen Anhebung dieses Betrages führen.

Die SPD ist bis heute eine überzeugende Antwort darauf schuldig geblieben, warum sie ausgerechnet die zwangsläufigen Unterhaltskosten für Kinder steuerlich nicht anerkennen will, während sonst bei der Steuer alles mögliche wie zum Beispiel Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und so weiter berücksichtigt werden.

Das Gerede der SPD von der „Umverteilung von unten nach oben“ ist absoluter Unsinn. Bei der Steuerentlastung 1986/88 erhalten die Steuerzahler in der oberen Proportionalzone nur 4,7 Prozent des Entlastungsbetrages, obwohl sie 17,5 Prozent des Steueraufkommens erbringen. (Steuerzahler in der Progressionszone — 60 000/120 000 Mark Jahreseinkommen Ledige/Verheiratete — erhalten 87 Prozent der Steuerentlastung, obwohl sie nur 78 Prozent zum Steueraufkommen beitragen. Der Löwenanteil in dieser Gruppe entfällt dabei auf den Durchschnittsverdiener bis 60 000/120 000 Mark Jahreseinkommen — Ledige/Verheiratete.) Dagegen sind in der unteren Proportionalzone die Steuerzahler zu 7,8 Prozent an der Steuerentlastung, aber nur zu 5,8 Prozent an der Erbringung des Steueraufkommens beteiligt.

Die Umverteilungspläne der SPD führen letztlich dazu, daß am Ende der kleine Mann die Zeche zahlen muß, stellt Friedrich Voss, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, fest.

Rau ist mit seiner Umweltpolitik gescheitert

Die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung und damit in allererster Linie Ministerpräsident Rau haben mit ihrer Umweltpolitik Schiffbruch erlitten, erklärt der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ludwig Gerstein, zur erneuten Diskussion um das Kohlekraftwerk Ibbenbüren.

Im Dezember vergangenen Jahres waren die Betreiber des Kohlekraftwerkes Ibbenbüren wegen der Verminderung des Schadstoffausstoßes von der Landesregierung massiv unter Druck gesetzt worden, weil sich Ministerpräsident Rau umweltpolitisch profilieren wollte. Die Vor-

stellungen der Regierung Rau sind jetzt wie eine Seifenblase geplatzt. Es zeigt sich ein weiteres Mal, daß den Kraftwerksbetreibern entsprechende Fristen und Zeiträume einzuräumen sind, um Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen zu entwickeln und zu bauen. Die Bundesregierung hat hier mit der Großfeuerungsanlagenverordnung in vorbildlicher Weise gezeigt, wie der Schadstoffausstoß bis 1993 auf ein Viertel der Werte von 1982 gesenkt werden kann.

Ibbenbüren ist der Beweis, daß Ministerpräsident Rau und seine Regierung nicht in der Lage sind, im sensiblen Bereich der Energie- und Umweltpolitik eine klare und verlässliche Politik durchzuführen.

Linker AStA kauft Demonstranten

Für ein Handgeld von 50 Mark kauft der AStA der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule in Koblenz Demonstranten für die Friedensbewegung ein, wie es jüngst anlässlich der Demonstration im Hunsrück geschah.

Hehre Worte auf den Lippen, den Judaslohn in der Tasche — so läßt es sich gut demonstrieren. Denn von echter Überzeugung für die Sache des Friedens kann wohl nicht mehr gesprochen werden, wenn man sich den Marsch und die Moral bezahlen läßt. „Aber paßt dies nicht zum Bild jener ‚Friedfertigen‘, für die Gewalt gegen Sachen ein normales Ausdrucksmittel ihrer Meinung ist?“ fragte der bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Daweke MdB.

Hinzu kommt noch ein weiterer „Schönheitsfehler“. Das Land Rheinland-Pfalz

hat in seinem Hochschulgesetz die verfaßte Studentenschaft verankert. Die ASten dieser Hochschulen haben die Beitragshoheit gegenüber ihren Mitgliedern. Das heißt: Finanziert der AStA Demonstranten, so liegt der Verdacht nahe, daß das Beitragsaufkommen aller Studenten dafür herangezogen wurde. Eine solche Handlungsweise wird jedoch weder durch das Hochschulrahmengesetz gedeckt, das die Beschränkung auf die Wahrnehmung hochschulpolitischer Belange durch die ASten vorsieht, noch läßt es sich nur in etwa angesichts einer Wahlbeteiligung von rund 20 Prozent bei den letzten Studentenwahlen rechtfertigen.

Deutlich wird hier nur eins, stellte Klaus Daweke fest: Ein GEW-bestimmter AStA schert sich nicht um die Belange der Studenten, ihm geht es allein um die handfeste Durchsetzung „seiner Politik“.

Zweierlei Maß

Am Mittwoch, dem 29. Oktober 1986, führen die Innen- und Justizminister der SPD-Länder aus: „Die vorgeschlagene Kronzeugenregelung läuft auf eine Komplizenschaft auch mit Mör dern hinaus.“

Am Donnerstag, dem 30. Oktober 1986, erklärt SPD-Bundesgeschäfts führer Peter Glotz um 9.30 Uhr: „Kurzatmige ... Politiker machen den Staat zum Handelspartner von Terro risten.“

Von öffentlicher Entrüstung keine Spur!

Am Donnerstag, dem 30. Oktober 1986, um 10.30 Uhr antwortet CDU Generalsekretär Heiner Geißler und sagt: „Wer die Chance der Kronzeu genregelung nicht nutzt, macht sich zum Komplizen des Terrorismus.“

Entrüstung allenthalben!

Zweierlei Maß? Offensichtlich!

Neuer Kalender für Frauen

Einen Frauenkalender mit Informatio nen, Tips und Ratschlägen hat Bundes frauenministerin Rita Süssmuth jetzt in Bonn vorgestellt. „Für mich“ heißt der neue Kalender für das Jahr 1987. Der Ti tel macht das Anliegen deutlich: „Mit dem Kalender wollen wir gleichzeitig et was gegen den Mißbrauch von Medika menten, Alkohol und Zigaretten tun und Wege einer gesunden, ausgewogenen Ernährung aufzeigen“, erklärte Bundesmi nisterin Rita Süssmuth bei der Vorstel lung des Kalenders.

Der 128 Seiten starke Kalender kann kostenlos angefordert werden beim Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Postfach 20 04 90, Kennedyallee 105—107, 5300 Bonn 2,

61 Wahlkampfeinsätze von Helmut Kohl

Bundeskanzler Helmut Kohl wird bis zum Wahltag am 25. Januar 1987 61 Wahlkampfeinsätze absolvieren.

Der Einsatzplan des Bundeskanzlers be ruht auf dem Konzept, alle Regionen der Bundesrepublik flächendeckend zu be rücksichtigen. Dies geschieht durch eine Vielzahl zentraler Wahlveranstaltungen. Außerdem wird der Bundeskanzler auf den Abschlußkundgebungen der Groß veranstaltungen sprechen, die für wichti ge Gruppen der Bevölkerung durchge führt werden und zu denen bundesweit eingeladen wird. Es handelt sich um Ziel gruppenveranstaltungen für Senioren, Frauen, junge Mitbürgerinnen und Mit bürger, den Mittelstand und die Arbeit nehmer.

Die Schlußphase des Wahlkampfs wird am 4. Januar 1987 mit einer Großver anstaltung in der Dortmunder Westfalen halle eingeleitet und endet mit einer Ver anstaltung am 16. Januar in der Düssel dorfer Philipshalle.

Umfragen: Kohl vor Rau

Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau verliert an Sympathie, Bundes kanzler Helmut Kohl gewinnt. Nach Umfrageergebnissen des IPOS Insti tuts vom 8.—14. Oktober haben 50 Prozent der Bundesbürger Kohl „am liebsten“ als Kanzler in Bonn. Für Rau sind 46 Prozent.

Laut Untersuchungen des Emnid-In stituts vom 9.—17. Oktober waren 49 Prozent für Kohl und 43 Prozent für Rau.

Elisabeth Schwarzhaupt†

Wir gedenken ihrer in Anerkennung und Dankbarkeit

Zum Tode von Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt erklärt Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir trauern um Elisabeth Schwarzhaupt. Mit ihr verlieren wir eine Frau, die durch die Erfahrungen in der Weimarer Zeit und des menschenverachtenden Nationalsozialismus geprägt war. Bereits in jungen Jahren trat sie mit persönlichem Mut für ihre Ideale, für Gerechtigkeit und Menschenwürde in Staat und Gesellschaft ein. Diese Haltung und ihr tiefer christlicher Glaube sind ihr bis zu ihrem Tode Richtschnur geblieben.

Elisabeth Schwarzhaupt — seit 1945 Mitglied der CDU — war davon überzeugt, gegenüber dem noch jungen Staat Bundesrepublik Deutschland ihre Pflicht erfüllen zu müssen. Ihr Weg in den Deutschen Bundestag war vorgezeichnet. Sie hat dann 16 Jahre — von 1953 bis 1969 — im Parlament gewirkt. Mit Erfolg hat sie zu vielen ehe- und familienrechtlichen Beschlüssen des Deutschen Bundestages und damit zu einer wesentlichen Verbesserung der Rechtslage der Frau beigetragen. Ihre Berufung zur Ministerin für Gesundheitswesen im Jahr 1961 sah Elisabeth Schwarzhaupt als weiteren Schritt zur



Verwirklichung des Gleichheitsgrund- satzes. Elisabeth Schwarzhaupt hat mit großer Überzeugung bewiesen, daß Frauen politische Führungsaufgaben erfüllen können. Sie hat ihren Nachfolge- rinnen in der Politik und im Amt den Weg gebahnt und die Übernahme wichtiger politischer Ämter durch Frauen selbstverständlicher erscheinen lassen. Ihre Mitmenschlichkeit und Sachkunde bleiben uns Vorbild. Wir gedenken ihrer in Anerkennung und Dankbarkeit.

Unbesetzte Lehrstellen

Das Lehrstellenangebot des Handwerks ist auch in diesem Jahr — wie schon 1985 — nicht voll ausgeschöpft worden. Wie der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, in

Mainz berichtete, seien bundesweit rund 20 000 offiziell registrierte Ausbildungsplätze nicht besetzt worden. Vor allem in Baden-Württemberg und Bayern gebe es Tausende von unbesetzten Lehrstellen, insbesondere in den Nahrungsmittelhandwerken.

Preise gehen weiter zurück – das ist die beste Sozialpolitik

Das Statistische Bundesamt meldet: Die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik sind auch im Oktober weiter zurückgegangen. Und noch eine gute Nachricht: Der Aufschwung geht weiter – auch 1987.

Herbstgutachten der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute:

- Die deutsche Wirtschaft bleibt auf dem eingeschlagenen Wachstumsweg: Der Anstieg wird 1987 real wieder rund drei Prozent betragen.
- Die Preise bleiben stabil. Davon profitieren Arbeitnehmer und Rentner. Stabile Preise sind die beste Sozialpolitik.
- Die Investitionen werden 1987 nochmals kräftig steigen. Löhne und Gehälter steigen weiter an. Die Institute rechnen mit einem realen „Plus“ von rund fünf Prozent.
- 1987 bringt nochmals 250.000 neue Arbeitsplätze.

Wir sind international wieder an der Spitze: Anhaltender Wirtschaftsaufschwung, steigende Löhne, stabile Preise, neue Dauerarbeitsplätze.

Weiter so, Deutschland – Für eine gute Zukunft



Neu im Angebot

Die Reden von Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Heiner Geißler und vom Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger vom Mainzer Bundesparteitag sind nun als Broschüre zu erhalten.

Helmut Kohl: Nach guter Arbeit die Zukunft im Blick

Bestell-Nr.: 3914

Heiner Geißler: Vorwärts statt rückwärts

Bestell-Nr.: 3915

Alfred Dregger: Unsere Aufgaben für die Zukunft

Bestell-Nr.: 3916

Mindestabnahme: jeweils 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 22,— DM.

34. Bundesparteitag



Heiner Geißler

Vorwärts statt rückwärts



34. Bundesparteitag

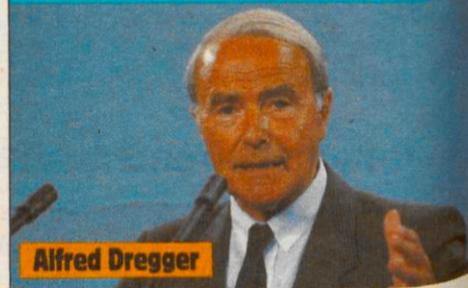


Helmut Kohl

Nach guter Arbeit – die Zukunft im Blick



34. Bundesparteitag



Alfred Dregger

Unsere Aufgaben für die Zukunft



ZUKUNFTSMANIFEST

**Für eine
Gesellschaft
von morgen:
fortschrittlich
und menschlich**



Faltblatt: Zukunftsmanifest der CDU „Für eine Gesellschaft von morgen: fortschrittlich und menschlich“

„Gestaltet wird die Zukunft von denjenigen, die mit realistischem Optimismus die Chancen des Fortschritts für die Menschen nutzen und gestalten und gleichzeitig die Risiken begrenzen“, so Generalsekretär Heiner Geißler zu dem auf dem 34. Bundesparteitag der CDU in Mainz beschlossenen Zukunftsmanifest.

Dieses 14seitige, ansprechend gestaltete Faltblatt eignet sich zur Verteilung bei Straßencanvassingaktionen, Fachveranstaltungen und gezielten Verteilaktionen.

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 26,— DM
Bestell-Nr.: 2917

Sein Wort gilt in der Welt.



Es ist noch gar nicht lange her, da galt gar die Bundesrepublik Deutschland im westlichen Ausland als unattraktiv. Das war die Folge einer leichtfertigen Politik. Heute, vier Jahre später, ist das anders. Die Deutschen sind wieder verlässliche Partner im westlichen Bündnis. Helmut Kohl hat Verteilungspolitiken gewonnen, indem er die Außenpolitik wieder bewilligten Großstädten übertragen hat. Er hat einen bisherigen ausdruck der Freundschaft mit den USA, Frankreich und Großbritannien. Und das politische Bündnis bietet die Voraussetzung, mit den osteuropäischen Staaten gute Beziehungen einzuführen. Die Einigkeit des Westens schafft die Basis für Abstimmungen im Pariser Gipfel und sichert den Frieden. Ob hat den Weltmarkt eingegreift, ob bei den EG-Konferenzen. Das deutsche Kanzlers Wort hat Gewicht. Helmut Kohl vertritt nun aufgrund unserer deutschen Interessen. Sein Wort gilt in der Welt.



Auf diese Foto (vom links): Frankreichs Staatspräsident Mitterrand, die britische Königin, der thailändische Thaila, die amerikanische Präsidentin Reagan, der Bundeskanzler, Jean-Claude Paye, der kanadische Ministerpräsident und der kanadische Premier Mulroney.

Die neue Illustrierte: „Kanzler der Mitte“ · Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 48,75 DM · Bestell-Nr.: 2884

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Kanzler der Mitte



Als Helmut Kohl sein Amt als Bundeskanzler enttrat, wurde er bald zum Dirigenten des Aufschwungs: Die Staatschulden - kein Thema mehr. Die Renten - wieder sicher und solide finanziert. Unsere Preise - die stabilsten der Welt. Das Vertrauen der Verbündeten in uns Deutsche hat Helmut Kohl zurückgewonnen. Schwerpunkt seines Wirkens ist die Politik für die Familie. Sein Ziel ist eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Helmut Kohl weiß, daß dies für alle Bürger nur aus der politischen Kraft der Mitte erreicht werden kann - er ist Kanzler der Mitte.

Mit ihm kann man reden.

Er sagt Ja zu mehr Menschlichkeit.

Sein Wort gilt in der Welt.

Er arbeitet für eine gute Zukunft.

Weiter so!



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UiD

34/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.